

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M., fürs  
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

# Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3gepalte Petitionelle.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 23 .: 28 Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-  
straße 10b .: Telephon: Ami Morkplatz, 2120

Berlin, den 5. Juni 1914

**Inhalt:** Beitragszahlung — Streitigkeiten — Die deutsche  
Arbeiterversicherung im Jahre 1912 I. — Dem Tarifver-  
trag für das Postwesen und Heilberufsgewerbe unter-  
suchen auch die Vereinbarstellungen außerhalb des Industrie-  
gebietes — Mittelstandsvertretung I. — Die Entlohnung von  
Unfall-Simulanten und die Aufhebbarkeit der Unfallzüge.  
— Streiks und Lohnbewegungen — Aus unserem Ver-  
band — Aus Industrie und Handel. — Rundschau — Adressen-  
änderungen. — Veranlassungsfelder — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten  
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag  
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 7. bis 13. Juni  
ist der 21. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger  
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im  
Rückstand ist, kann keinerlei Unterstützung aus  
der Verbandskasse erhalten.

## Achtung! Kollegen! Achtung!

Aus Zweckmäßigkeitsgründen werden die  
Kollegen in ihrem eigensten Interesse ersucht,  
bei Arbeitsaufnahme in anderen Städten sich zu-  
vor bei der dortigen Ortsverwaltung zu er-  
kundigen.

**Berlin.** Die Kofferfabriken Zimmermann  
u. Maerten, Berlin, Engelauer 1 b, und Rudolf  
Zimmermann in Werder a. S. sind für alle  
Kofferarbeiter geberri.

**Breslau.** In den Hofmann-Linke-Werken  
sind auch die Sattler ausgeberri, weshalb wir  
vor Zugang warnen.

**Autosattler!** Die Arbeiter der Auto-  
mobilfabriken Reutter in Stuttgart und Auer in  
Cannstatt befinden sich im Ausstand. Zugang von  
Sattlern ist streng fernzuhalten.

**München.** Hier streifen die Wagen-,  
Geschirrsattler und Sattelmacher. Zugang streng  
fernzuhalten.

**Straßburg i. E.** Wegen Lohnabzügen haben  
die Militärsattler der Firma Janzen die Arbeit  
eingestellt. Zugang streng fernzuhalten.

## Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1912.

I.

### Die Krankenversicherung.

Das Berichtsjahr 1912 hat der deutschen Arbeiter-  
versicherung eine Reihe von Veränderungen gebracht,  
die die Vergleichbarkeit ihrer statistischen Ergebnisse  
mit denen früherer Jahre schon wesentlich beein-  
flussen. Auf dem Gebiete der Krankenversicherung  
sind die eingetragenen Hilfskassen und die Landes-  
rechtlichen Hilfskassen ausgeschieden, da sie fortan,  
soweit sie nicht aufgelöst und ihre Mitglieder den  
Zwangskassen zugeführt sind, als kleine Ver-  
sicherungsvereine auf Gegenleistung der Privatver-  
sicherung zugezählt werden.

Durch diesen Ausfall der Hilfskassen aus der  
Statistik hat sich die Gesamtzahl der Kassen stark  
vermindert. Während 1911 28.109 Kassen gezählt  
wurden, bestanden 1912 nur 21.659, ihre Zahl ging

also um 1450 zurück. Davon kommen 1356 auf die  
früheren Hilfskassen und der Rest verteilt sich auf  
die Gemeinde-, Orts-, Betriebs- und Baukrankens-  
kassen. Der Rückgang der Hilfskassen wurde veranlaßt  
durch Zusammenlegung kleinerer Kassen zu größeren  
Gebirden. Nur die leistungsunfähigen Innungskassen  
blieben von dieser zeitgemäßen Konzentrations-  
tendenz unberührt. Ein Zeichen für den reaktionären  
Zug, der die Reorganisation der Krankenversicherung  
hebert.

Der Rückgang der Kassen ist nicht ohne Einfluß  
auf die Zahl der Kassenmitglieder geblieben; diese  
ist um 401.343, von 13.619.048 auf 13.217.705 ge-  
sunken. Auch hier trägt der Hauptteil der Schuld an  
dem Verlust das Ausscheiden der Hilfskassen, die allein  
987.266 Mitglieder zählten und von denen sicherlich  
nicht alle den Zwangskassen zugeführt werden  
konnten. Von den einzelnen Kassenarten haben nur  
die Baukrankenkassen eine Verminderung der Mit-  
gliederzahl erfahren (von 17.056 auf 13.103), während  
die übrigen, infolge der Ueberführung eines Teils  
der Hilfskassenmitglieder, einigen Zuwachs erhielten,  
so die Gemeindeversicherung 24.907, die Ortskrankens-  
kassen 340.128, die Betriebskrankenkassen 272.759 und  
die Innungskassen 25.091. Die Zusammen-  
legung der Kassen hat eine geringe Erhöhung der  
durchschnittlichen Mitgliederzahl von 589 auf 610  
im allgemeinen bewirkt. Bei den Ortskrankens-  
kassen stieg diese Durchschnittsziffer von 1520 auf 1602 und  
bei den Betriebskrankenkassen von 428 auf 455.  
Der Anteil der weiblichen Mitglieder ist fort-  
gesetzt im Wachsen begriffen. Auf je 100 männliche  
Mitglieder kommen bei allen Kassenarten im Jahre  
1911: 39,2, 1912 dagegen 42,7 weibliche Mitglieder.

Betrachtet man die Krankenkassen nach ihren  
Leistungen, so macht sich durch die Ausschaltung der  
Hilfskassen ein erheblicher Rückgang der leistungs-  
gemäßen Unterstützungsleistung bemerkbar. Die Zahl  
der Kassen, die länger als 26 Wochen Krankenunter-  
stützung gewährten, ist von 760 (1911) auf 642 (1912)  
zurückgegangen. Bei den Ortskrankenkassen stieg  
ihre Zahl von 123 auf 132, bei den Innungskassen  
blieb die Zahl die gleiche (14), bei den Betriebs-  
krankenkassen sank sie von 501 auf 496, während die  
Gemeindeversicherung und die Baukrankenkassen  
nicht länger als 26 Wochen unterstützen. Zur Er-  
höhung der Kassenleistungen hat also die Neuordnung  
wenig beigetragen.

Etwas besser gestaltet sich die Entwicklung hin-  
sichtlich der Krankengeldhöhe, da im Jahre 1911  
12,5 Proz. aller Kassen mehr als 50 Proz. des  
Lohnes als Krankenunterstützung gewährten, 1912  
dagegen dieser Anteil auf 12,8 Proz. stieg. Bei den  
Betriebskrankenkassen stieg dieser Anteil auf 21,4  
Prozent, bei der Gemeindeversicherung ging er auf  
0,2 Proz. zurück.

Analog dem Rückgang der Mitgliederzahlen hat  
sich auch eine Verminderung der Zahl der mit Er-  
werbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfälle ein-  
gestellt, die von 5.772.388 auf 5.638.956, also um rund  
138.432 gesunken ist. Daß es sich nicht um eine  
wirkliche Verminderung der Erkrankungsgefahr  
handelt, beweisen die Verhältnisangaben, denn auf  
100 Mitglieder entfielen 1911 42,4, 1912 42,6 Er-  
krankungsfälle und 845 bzw. 849 Krankheitstage.  
Die Gesamtzahl der Krankheitstage beträgt  
112.249.064 (1911) 115.128.905.

Erheblich zurückgegangen ist dagegen die Zahl  
der Sterbefälle (1911 88.827, 1912 82.894), und zwar  
ist hier der Rückgang auch ein relativer, da auf je  
100 Mitglieder 1911 0,75, 1912 nur noch 0,72 Sterbe-  
fälle entfielen. Sterbet sind indes die Sterbefälle in

der Gemeindeversicherung nicht einbezogen, da diese  
seither keine Sterbeunterstützung gewährte.

Die Durchschnittsdauer eines Erkrankungsfalles  
mit Erwerbsunfähigkeit hat sich wenig geändert; sie  
betrug wie im Vorjahre 19,9 Tage. Bei den männ-  
lichen Mitgliedern sank der Durchschnitt von 18,7 auf  
18,6 Tage, bei den weiblichen blieb er auf 23,7 Tage  
stehen.

Trotz des absoluten Rückganges der Erkrankungs-  
fälle und Krankheitstage sind die Gesamtausgaben  
der Krankenkassen von 469.087.205 M. auf  
481.392.169 M. oder von 34,44 auf 36,42 M. pro  
Mitglied gestiegen. Die Steigerung ist in der Haupt-  
sache durch die wachsenden Ausgaben für ärztliche  
Behandlung, Arznei und Heilmittel und Heilanstalts-  
kosten verursacht, die um 5,6 Millionen Mark stiegen,  
während die Ausgaben für Krankengeld sogar um  
2,2 Millionen Mark zurückgingen. So stiegen die  
Kosten der ärztlichen Behandlung von 83.754.224 M.  
auf 85.633.245 M. oder von 6,15 M. auf 6,48 M.  
pro Kopf der Mitglieder, die Ausgaben für Arznei  
und Heilmittel von 53.171.234 M. auf 54.706.040 M.,  
oder von 3,90 M. auf 4,14 M. pro Mitglied und  
die Ausgaben für Heilanstaltsverpflegung von  
51.857.881 M. auf 53.553.500 M. oder von 3,77 M.  
auf 4,05 M. pro Mitglied. Für diese Heilbehand-  
lung mußten die Krankenkassen pro Mitglied  
0,87 M. mehr aufwenden als im Vorjahre.  
Für Krankengeld wurden dagegen 150.398.441 M.  
(11,38 M. pro Mitglied) gegen 153.582.976 M.  
im Jahre 1911 verausgabt. Seit dem Jahre 1885  
sind die Ausgaben für Arzt, Arzneien, Heilanstalts-  
und Konvalenszentrumpflege von 4,77 M. auf  
14,70 M. oder um 208 Proz., die Ausgaben  
für Kranken-, Wöchnerinnen- und Sterbeunter-  
stützung von 6,22 M. auf 12,53 M. oder  
um 101 Proz. gestiegen. Die Ärzte und Apo-  
theker sind also bei dieser Entwicklung der Ar-  
beiterversicherung wirklich nicht zu kurz gekommen,  
denn schon überlegen die Ausgaben für Heilbehand-  
lung diejenigen für Kranken-, Wöchnerinnen- und  
Sterbebegleichung erheblich, und bald werden die  
Krankenkassen in der Sorge für Ärzte und Apotheker  
so völlig aufgehen, daß für das wirtschaftliche  
Existenzminimum der Kranken keine ausreichenden  
Mittel mehr verfügbar bleiben. Dann wird man  
mit größerem Nachdruck darauf hinweisen müssen,  
daß die Krankenversicherung doch auch eigentlich der  
erkrankten Mitglieder wegen geschaffen worden ist.  
Die Ergebnisse der Knappschaftsversicherung erstrecken  
sich erst auf das Jahr 1911. Es bestanden  
159 (im Vorjahre 166) Kassen mit 899.716 (885.598)  
Mitgliedern. Es wurden 535.621 Erkrankungsfälle  
mit Krankengeldbezug und 9.243.556 Krankengeld-  
tagen gemeldet, so daß auf jedes Mitglied durchschnitt-  
lich 0,8 Krankheitsfälle mit 10,3 Krankengeldtagen  
entfielen.

Die Knappschaftskassen verausgaben für  
Krankheitskosten 38.028.230 M. (pro Kopf 42,26  
Mark), wovon 5.375.685 M. für ärztliche Behand-  
lung und 4.356.061 M. für Heilmittel (aufsumme  
10,81 M. für Heilbehandlung pro Mitglied) und  
18.315.109 M. für Krankengelder (pro Mitglied  
20,36 M.) daraufgingen.

Die Einnahmen der Knappschaftskassen beliefen  
sich auf 43,1 Millionen Mark, die Gesamtausgaben  
auf 40,0 Millionen Mark, die Vermögensbestände  
auf 25,26 Millionen Mark.

Die Gesamtzahl der gegen Krankheit versicherten  
Personen im Deutschen Reich betrug etwa  
14,1 Millionen.

### Dem Tarifvertrag für das Portefeuller- u. Reiseartikelgewerbe unter- stehen auch die Zweigniederlassungen außerhalb des Industriegebietes.

Unter dem Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz hatte sich die Schlichtungskommission für das Berliner Portefeuller- und Reiseartikelgewerbe in zwei Sitzungen mit der Frage zu beschäftigen, ob ver- tragspflichtige Firmen in ihren Betrieben außerhalb Groß-Berlins gehalten sind, den Bestimmungen des Berliner Tarifes nachzukommen. In beiden Sitzungen, am 19. und 26. Mai, fungierten als Ver- treter der Herren Birk und Sawe vom Fabrikanten- verein, die Herren Langer und Hofmann vom Ver- band der Sattler und Portefeuller. Folgender Tat- bestand lag dieser Frage zugrunde: Die Tisch- firma Richard Leffkowitz Berlin hat zur Herstellung billiger Damentaschen in Ham- burg a. S. einen Betrieb errichtet, in welchem sie bei 60stündiger Arbeitszeit männliche verheiratete Leute mit 8 bis 12 Mk., weibliche mit 6 Mk. pro Woche entlohnte. In diesem Vorgehen sah unsere Berliner Ortsverwaltung einen Verstoß gegen § 6 Abs. 4 des Vertrages:

„Die Vereinigung der Lederwaren- und Reise- artikelfabrikanten darf denjenigen Mitgliedern, welche wesentlich das System der Zweig- niederlassungen oder der Zwischenmeisterbetriebe benutzen, in welchen die Bestimmungen dieses Ver- trages nicht gehalten werden, keinen Schutz ge- währen.“

Herr Leffkowitz bestritt nicht, Inhaber des Hamburg Betriebes zu sein, den Zuschnitt von Berlin zu liefern und den Lohn von hier aus zu verrechnen, meint aber, der Betrieb liegt außerhalb Groß-Berlins und es sei ihm darum unbenommen, nach eigenem Ermessen dort zu fabricieren. Zudem sei er nicht Mitglied der Fabrikantenvereinigung, habe aber den Tarif vorbehaltlos unterschrieben. Der Anlagevertreter stützt sich auf diese unter- schriftliche Anerkennung und beantragt, die Schlich- tungskommission möge Herrn Leffkowitz verurteilen, insofern die tariflichen Bedingungen in Hamburg ein- zuführen und für die Zeit der bisherigen tarif- widrigen Fabrication in A. die Differenz zwischen den gezahlten und den tariflichen Löhnen an die Ar- beitskräfte des Betriebes in A. bzw. an die vertrags- beteiligten Organisationen nachzugahlen. In der mündlichen Begründung wies Kollege Schulze auf die Entstehungsgeschichte des oben abgedruckten § 6 Abs. 4 hin, schilderte den Gang der Tarifverhandlungen und die Meinungsäußerungen der Fabrikanten- vertreter, aus denen ungewissheit hervorgehe, daß in allen Zweigniederlassungen, gleichgültig wo sie sich befinden, der Tarif eingeführt werden muß. In diesem Sinne hat bereits die Offenbacher Schlich- tungskommission am 8. Januar eine Entscheidung gefaßt, wonach der Tarifvertrag für alle Zweig- niederlassungen und Zwischenmeisterbetriebe Gel- tung hat, gleichviel wo diese liegen, und die Schlich- tungskommission für die Portefeuller- und Reise- artikelindustrie zuständig für die Rechtsprechung bzw. Schlichtung von Streitigkeiten ist, die sich in solchen Betrieben aus dem Vertragsverhältnis ergeben.

Die Schlichtungskommission beschloß, über die letzte Behauptung Beweis zu erheben und die Offen- bacher Akten einzufordern.

Zum zweiten Termin am 26. Mai lagen die Akten aus Offenbach vor. Mittlerweile hat aber die Firma Leffkowitz den Betrieb in Hamburg eingestellt und in Zeitz einen neuen errichtet. Deshalb wurde die Klage auch auf diesen Betrieb erweitert, was von der Schlichtungskommission als zulässig erklärt wor- den ist. Auch diesmal bestritt Herr L. die Zu- ständigkeit der Schlichtungskommission und meint, solle er Berliner Löhne in Hamburg zahlen, so würde er die ganze Einwohnerschaft gegen sich haben, da sie höher sind als das Einkommen des dortigen Oberbühnenmeisters. Zudem würde er gegen die guten Sitten verstoßen, da ja die Berliner Löhne höher sind, als wie für Freiberg tariflich vereinbart. Die Arbeiter würden dann die Firma Schlegel verlassen und bei ihm um Beschäftigung ansprechen. Er will aber benannte Firma nicht schädigen, deshalb muß er sich weigern, den Berliner Tarif in Zeitz zur Anwendung zu bringen. Auf diese sonderbare Auffassung gingen die Arbeitervertreter gar nicht ein, sondern sie wünschten unter Verlesung des Pro- tocollos aus den Zentraltarifverhandlungen eine Ent- scheidung der Schlichtungskommission laut Klage- antrag. Nach 14stündiger Verhandlung kam schließ- lich ein Vergleich zustande. Herr Leffkowitz zahlte für die Tarifverträge in dem bereits aufgelösten Ham- burger Betrieb eine Ruhe von 100 Mk., die zu gleichen Teilen den kontrahierenden Organisationen zufallen. Außerdem verpflichtet sich Herr L., bis zum 15. Juni d. J. mit dem Verbands der Sattler und Portefeuller über die Arbeitsbedingungen in dem Zeitzer Betriebe zu verhandeln und sie fest-

zusetzen. Für jeden Tag nach dem 15. Juni, an welchem die Firma in Zeitz oder in einer ihr sonst ge- hörigen Zweigniederlassung aufgehört der ge- troffenen Vereinbarungen arbeiten löst, zahlt sie eine Erbnungsstrafe von 20 Mk.

### Mittelstandsrettung.

Wenn man den Versicherungen unserer Reichs- regierung Glauben schenken darf, so bricht für den gewerblichen Mittelstand nunmehr ein goldenes Zeit- alter an. Der Staatssekretär des Innern, Dr. Del- brück, hat vor kurzem im Reichstage erklärt, daß die Regierung die ernsthafte Absicht habe, dem notleiden- den Mittelstand, der am Verfallten sei, gründlich und wirksam zu helfen. „Unser gewerblicher Mittelstand“, so führte er aus, „hat an dem Aufschwung unseres heutigen Wirtschaftslebens zweifellos nicht so teil- genommen wie andere Erwerbsstände. Er hat zweifel- los sogar unter den Verleerungsverhältnissen dieser Ent- wicklung direkt zu leiden gehabt. Unser gemein- sames Mittelstand ist von oben durch die immer mehr zunehmende Konzentration der Großindustrie und von unten durch die Entwertung der Arbeiterschaft bedrängt worden. Die steigenden Lohnlasten und die immer größer werdenden Ansprüche der Sozial- politik sind für ihn sicher schwerer zu tragen als für die Großindustrie. Durch all das ist der gewerbliche Mittelstand zweifellos in eine ganz besonders un- günstige Verfassung gebracht worden.“

Der Minister unterrichtete die Ursachen, die dazu beigetragen haben, daß die Kleinhandwerker und Kleingewerbetreibenden in eine solch bedrängte Lage geraten sind, und er hob besonders den Umstand her- vor, daß der Staat sich zu wenig in diese schwer- kämpfenden Bevölkerungsklassen gekümmert habe. Er habe sie Jahrzehnte hindurch ihrem Schicksale überlassen, indem er untauglich ausüb, wie beim An- bruch des kapitalistischen Zeitalters die bisherigen Organisationen des Mittelstandes verfielen, ohne daß an deren Stelle andere, zeitgemäßere Einrichtungen geschaffen wurden. Durch diese Inaktivität der Staatsgewalt sei der gewerbliche Mittelstand zer- stübt und in sich selbst uneins geworden und es liege deshalb die Gefahr vor, daß er zwischen den starken Organisationen des Großkapitals und den ge- werbschaftlichen Organisationen der Arbeiter zer- rieben werde.

Man kann ohne weiteres zugeben, daß der ge- werbliche Mittelstand heutzutage einen schweren Existenzkampf führt, während der sogenannte neue Mittelstand (besserbezahlte Angestellte usw.) im Auf- steigen begriffen ist. Die kleinen selbständigen Ge- werbetreibenden hatten sich, als der Kapitalismus seinen Siegeszug antrat, von dem Freiheitsgeist der Liberalismus überdöseln lassen. Sie hatten sich in dem Wahn gewiegt, daß es ihm möglich sein werde, auf dem Boden der freien Konkurrenz, im freien Wettbewerb der Kräfte, Erfolge zu erzielen. Aber es kam anders, denn das Großkapital brückte sie rücksichtslos und erbarmungslos an die Wand. Diese Tatsache gab schon vor Jahrzehnten dem be- rühmten Rechtslehrer Rudolf von Jhering Veran- lassung zu dem bitteren Worte: „Wenn die Löwin und Wären, die Füchse und Wölfe nach Freiheit schreien, so ist das erklärlich, wenn aber auch die Schafe in diese Freiheitsrufe mit einstimmen, so ist das ein Beweis, daß sie Schafe sind.“ Tatsächlich war es das größte Unglück für den Mittelstand, daß er für die kapitalistische Raubtierfreiheit schwärmte, wobei er unter die Räder geriet, während die Arbeiterklasse schon seit einem halben Jahrhundert das Prinzip der Organisationslosigkeit über Bord geworfen hat. Erst sehr spät kamen die kleinen Handwerker und Geschäftleute zu der Erkenntnis, daß nicht in der Vereinigung, sondern in der Ver- einigung das Heil der Menschen liegt, und nun machen sie Krampfhaft den Versuch, das Verfallene nachzuholen.

Wenn einem Stande oder einer Erwerbsgruppe mit schönen Redensarten oder Sympathieerklärungen zu helfen wäre, so mügte unser gewerblicher Mittelstand längst aus dem Druß sein, denn seit Jahrzehnten ertönt ununterbrochen der Ruf, daß ihn geholfen werden müsse. Besonders die Vertreter der staatserschaltenden Parteien, die Konservativen und Zentrumskräfte, spielen sich als Freunde und Retter des Mittelstandes auf und um die Zeit der Wahlen stehen sie förmlich von Mittelstandsfreundlichkeit. Auch die Vertreter der Regierungen sparen nicht mit Sympathiebetuerungen und wenn ein Re- gierungsmann in einer Versammlung der Mittel- standesleute die übliche Begrüßungsrede hält, so legt er regelmäßig sein warmes Herz auf den Tisch des Hauses nieder. Jetzt aber spielt die Reichsregierung den höchsten Tramp auf, denn sie läßt durch den Mund des Dr. Delbrück verkünden, daß die Sozial- reform eine grundlegende Umwälzung erfahren solle: an die Stelle der Lohnarbeiterschaft, die vernach- lässigt und bevorzugt worden sei, müsse der notleidende Mittelstand treten, den man bislang sehr kümmer- lich behandelt habe. Die Arbeiter hätten genug be-

kommen und müßten endlich einmal mit ihren ewigen Forderungen aufhören, nun sei der Mittelstand an der Reihe.

Der Minister begründete die Notwendigkeit einer tatkräftigen Mittelstandsrettung mit der Behauptung, daß eine Vernichtung des Mittelstandes den Verlust einer ungeheuren Menge von wirtschaftlichen Kräften und stillen Renten nach sich ziehen werde, was einen großen Schaden bedeute für die gesunde Fort- entwicklung unseres Staates. Die Scharfmacher- presse unterbreitete diese Gründe und stimmt dem Minister bei. Besonders die „Deutsche Arbeiterge- zung“ des Herrn v. Reisswitz, die doch ausge- sprochenermaßen großkapitalistischen Interessen dient, legt sich mächtig für den Schutz des Mittelstandes ins Zeug. Sie schreibt:

„In seiner heutigen Form kann der Staats- gedanke zweifellos nur so lange lebendig erhalten bleiben, als es gelingt, allen Mitgliedern der Staats- gemeinschaft die Möglichkeit zu gewähren, gestützt auf ihre persönliche Leistungsfähigkeit, die soziale Stufen-leiter hinaufzuklimmen. So ist das Vorhandensein einer breiten Schicht von Individuen, die mit Erfolg bemüht sind, sich wirtschaftlich durchzusetzen, und die aus diesem Erfolge Vertrauen zu sich und zur Ge- sellschaft zu schöpfen vermögen, die vornehmste Ge- währ für den Fortbestand der geltenden Ordnung der Dinge. Denn „solange noch zwischen reich und arm ein breiter Mittelstand liegt“, so sagt Koscher in den „Grundlagen der Nationalökonomie“, „werden die beiden Extreme selbst moralisch vom Zusammenstoß abgehalten. Nichts bewahrt tiefer vor dem Reid gegen Höhere und vor der Verachtung gegen die Niedrigeren, als eine unabhöhrliche Stufenleiter der bürgerlichen Gesellschaft“. Gerade die von der wirtschaftlichen Entwicklung zumeist begünstigten Elemente haben hiernach reichlichen Anlaß, sich mit aller Macht zugunsten der Erhaltung unseres gewerb- lichen Mittelstandes einzusetzen. Und nichts ist so verkehrt, als die Behauptung, daß es darum ein zweck- loses Bemühen sei, sich mit den Vertretern der Mittelstandsretter zu identifizieren, weil der Zug der Zeit nun einmal auf die allmähliche Ausschaltung der mittleren und kleinen Gewerbetreibenden abziele, und weil die wirtschaftliche Zukunft im Reichen un- bedingter Konzentration der Betriebsmittel liege. Mag sein, daß es in manchen Fällen an und für sich „ökonomischer“ ist, an die Stelle von Hunderten und Tausenden von Kleinbetrieben einen oder mehrere Großbetriebe zu setzen. Aber man soll eben nicht vergeßen, daß den etwa solcherart bewirkten Mehr- einnahmen an materiellen Gütern der Verlust von idealen Werten gegenübersteht, die aus tausend Gründen weit höher zu veranschlagen sind als jene. Der Untergang des Mittelstandes würde die Er- füllung der kühnsten Vorurteile des Marxismus bedeuten; er würde uns nach kurzem Aufenthalt auf der rein plutokratischen Station dem Staatssozia- lismus demokratischer Oberbank zuführen und da- mit sicherer Voraussicht nach den bisherigen Auf- schwung der Kultur alsbald in sein hirttes Gegen- teil verkehren.“

Es liegt also nach der Meinung der Scharf- macher und Kapitalprogen im Interesse des Staates, daß der Mittelstand erhalten bleibt, weil sonst der Zusammenbruch unvermeidlich werde. Wenn das richtig ist, so darf man sich doch wohl die Frage er- lauben, warum denn die Großagrarien und Groß- industriellen eine ungemieine eifrige Tätigkeit ent- falten, um diesen unentbehrlichen Mittelstand zu vernichten. Man beobachte nur das Bestreben der Großgrundbesitzer, die kleinen Bauern auszuschaalen und allmählich konkurrenzunfähig zu machen; man verfolge nur die unheimliche Zielbewußtheit, mit der die Großindustriellen die Kleinhandwerker zu Tode konkurrieren, oder man richte seine Blicke nur auf das planmäßige Vernichten des Großhandels, die kleinen Geschäftleute auszuschaalen und aus der Konkurrenz zu verdrängen. Das Großkapital strebt mit eiserner Energie dahin, den Kleinhandwerkern und Klein- händlern die Kehle zuzudrücken, unbekümmert darum, ob dadurch ideale Werte zugrunde gehen und der Staat in Gefahr gerät. Der Kapitalismus will Geld verdienen und deshalb pfeift er auf sentimentale Regungen und moralische Erwägungen. Es ist ledig- lich ein elendes Geschwätz, das auf die Zerstörung der Mittelstandsleute berechnet ist, wenn die Scharf- macherpresse den kleinen Leuten ihre Sympathie er- klärt. Man denkt hier unwillkürlich an die Erzäh- lung von dem Fuchs, der den Hühnern und Gänzen seine Zuneigung beteuert, oder an die Fabel von dem Wolf, der sich als Hüter einer Schafherde an- bietet. Leider fallen die Angehörigen des gewerb- lichen Mittelstandes immer und immer wieder auf diesen Schwindler herein und lassen sich von den Groß- kapitalisten leitfahnen. Die Angst vor der Sozial- demokratie, die künstlich geschürt wird, und der Haß gegen die Arbeiter, die ihre Lebenslage doch auch ver- bessern wollen, macht sie blind und liefert sie willen- los jenen Elementen aus, die absichtlich und plan- mäßig ihren Untergang herbeiführen. Das ist eine traurige, aber eine wahre Tatsache.

### Die Entlarvung von Unfall-Simulanten und die „Unfehlbarkeit“ der Unfallärzte.

In der Schornachdruckerei veröffentlicht ein Herr Dr. G. Stromann einen längeren Artikel über die Entlarvung von Unfall-Simulanten. In demselben ist ausgeführt, daß die soziale Gesetzgebung eine ganze Reihe neuer Wissenschaften zur Entfaltung gebracht habe. Es gebe jetzt Lehrstühle für soziale Medizin und Lehrbücher über Unfallfolgen. Und es gebe ganze Wissensgebiete, welche die Methoden der Simulation und ihrer Entlarvung zum Inhalt hätten.

Die Simulation sei psychologisch motiviert, habe stets einen bestimmten Grund, finde aber auch unbewußt statt. Sie liege in der menschlichen Natur begründet, denn, so sagt der Herr Doktor: „Wer wagt da zu riskieren, wer hat noch nie simuliert oder auch sich nur gefreut am Eintreten eines Unwohlseins, das einen gewünschten Anlaß gab, dies oder jenes zu unterlassen, einen Urlaub zu bekommen oder eine Reise zu machen, und von da aus ist es nur ein Schritt zu jener Simulation, die den Ärzten so viel zu schaffen macht und etwa an einer großen chirurgischen Klinik einen recht großen Teil der freien Zeit der Unfallärzte absorbiert.“ Um die Simulation festzustellen, genüge die Konstatierung, daß nichts Krankhaftes zu finden sei, nicht, sondern es sei auch notwendig, den Verletzten der Simulation zu überführen. Das erste Mittel hierzu sei eine sorgfältige Beobachtung und Beobachtung. Auch könne der Arzt jetzt zahlreiche „Annisse“, welche die Methode zur Entlarvung der Simulation geboren habe. Sehr ausführlich werden dann einige dieser „Annisse“ beschrieben. Das Gebilde der Simulationsentlarvung sei heute so fein ausgebildet, daß es schon einer weitgehenden Kenntnis bedürfe, um allen Schlichen der Ärzte zu entgehen. Zum Schluß wird behauptet, einer objektiven Beurteilung könne jeder sicher sein. Dafür bürgte allein schon das rein wissenschaftliche Interesse, das der Begutachter an dem oft recht verwiderten Fall nehme und das ihn alle Hilfsmittel erschöpfen lasse, schon um sich selbst nicht durch eine Fehldiagnose zu blamieren.

Soweit der Herr Doktor, der dem Inhalt des Artikels nach jedenfalls zu den Vertrauensärzten der Unfallkassen gehört. Er spricht nur aus, was bei den meisten Unfallkassenärzten zum Dogma geworden ist, nämlich, daß jeder Verletzte bewußt oder unbewußt simuliere. Aber nicht nur von diesem Vorurteil sind so viele Ärzte befallen, sondern es wird auch nach dem Grundsatz gehandelt: Was wir nicht finden können, existiert auch nicht. Ergo gibt es Rente auch für dasjenige, was wir gefunden haben. Manche Ärzte haben eben neben dem Vorurteil, daß sie in jedem Verletzten einen Simulanten sehen läßt, auch noch eine allzu große Meinung von ihrer Kunst.

Beides ist aber verfehlt. Wie mangelhaft das Können der Ärzte noch ist und mit welchem Vorurteil sie den Unfallverletzten, insbesondere bei den nicht leicht festzustellenden Krankheiten, gegenüberstehen, zeigt ein Fall, in dem nicht nur ein einzelner, sondern direkt ein ganzes Duzend der höchsten und namhaftesten Unfallärzte schwer daneben hantieren und eine schon jahrelang bestehende Unfallfolge nicht fanden. Der Fall zeigt aber auch den Leidensweg, den mancher Unfallverletzte heute noch gehen muß.

Der Arbeiter Kloploth aus Bochum erlitt am 20. Januar 1910 durch einen Betriebsunfall eine Verletzung des Kopfes, insbesondere einen Bruch des Nasenbeins. Nach dem Eintreten zweier Ärzte sollen nach Ablauf der ersten 13 Wochen nach dem Unfall die organischen Veränderungen schon völlig beseitigt gewesen sein. Es wurde nur noch das Vorhandensein einer Unfallneuralgie (durch den Unfall verursachte Willensschwäche) anerkannt und eine Angewöhnung an die vorgeschlagenen. Die Ärzte meinten, die Volkrente zu gewähren würde direkt schädlich wirken, da sie den A. in der krankhaften Vorstellung seiner Krankheit nur bestärken würde. Weil die Rente nur als Angewöhnungsbewilligung bewilligt war, suchte die Unfallkasse dieselbe baldigt herunterzudrücken und zu beseitigen. Dabei stand ihr aber die Tatsache im Wege, daß der Verletzte seine Arbeit verrichtete. Man sandte ihm darum das übliche Schreiben, wonach er verpflichtet sei, durch Arbeiten eine Besserung seines Zustandes herbeizuführen zu helfen. Er sei gehalten, Arbeit aufzunehmen und diese ganz energisch durchzuführen. Das von dem Ratne angerufene Oberversicherungsamt hielt sich an die Gutachten der Ärzte, verwarf die Berufung und entschied:

„Das beste Heilmittel für das Kopfenleiden des Klägers ist, wie aus den Gutachten hervorgeht und wie dem Gerichte auch sonst aus Erfahrung bekannt ist, die Verrichtung einer leichten Arbeit, damit der Betreffende nicht immer Gelegenheit hat, an seinem Zustand zu denken. Kläger sollte sich deshalb zu überwinden suchen und in seinem eigenen Interesse

versuchen, eine leichte Arbeit baldigt aufzunehmen, da hierdurch am ersten eine Besserung seines Zustandes zu erwarten ist.“

Am Laufe der Zeit wurde der Verletzte dann noch wiederholt im Auftrage der Unfallkasse von den verschiedensten Ärzten untersucht, ohne daß einer von diesen etwas Besonderes fand. Um die ganze Verleumdung der Meute durchdrücken zu können, schickte man den Verletzten schließlich in eine Universitätsklinik. Wegen Gutachten einer Universitätsklinik ist bekanntlich nur sehr selten etwas zu machen. Auch die Klinik hat das Leiden des Mannes nicht ermittelt. Wie aus dem Gutachten hervorgeht, ist der Verletzte dort mit Anwendung aller „Annisse“ und Hilfsmittel untersucht worden. Als Resultat der Untersuchung wurde folgendes bescheinigt:

„Beim Stehen mit geschlossenen Augen läßt sich A. wieder den Schwindel vor, indem er macht, als ob er umfalle, wenn er weiß, daß er vor einer Wand steht oder vor ihm jemand, der ihn aufhält. Es wird ein ziemlich erheblicher Grad von Marie vorgefälscht. Alle Bewegungen machen den Eindruck des Gemachten, Absichtlichen, wie auch A., wenn er eine Antwort geben soll, sich erst lange überlegt, ehe er etwas sagt, oder lieber schweigt, wenn er fürchtet, sich zu verraten. Er überstrebt zum mindesten sehr stark, wenn man ihn nicht einfach als groben Betrüger hinstellen will. A. ist als Simulant aufzufassen, dem die Arbeit am ersten wieder zur Gesundheit verhelfen wird. Der ehemalige Bruch des Nasenbeins hat keine Unfallfolgen mehr hinterlassen. Die frühere Erwerbsfähigkeit ist vollständig wiederhergestellt.“

Auf Grund dieses Gutachtens erklärten die Gerichte den Mann wiederum für einen Lebertrüber. Mittlerweile waren 2½ Jahre verstrichen und der Mann, der seinen Pension Rente erhielt, mit Frau und fünf Kinder der Armutlaster zur Last gefallen. Doch endlich sollte ihm der Zufall günstig sein. Es gelang ihm, auf Kosten der Armentasse in die Hände eines Arztes zu kommen, der ihn ohne Vorurteil gegenübertrat. Was dieser an dem verletzten Kopfe entdeckte, sagt sein Gutachten, in dem es heißt:

„Die ständig wiederholten Klagen über Kopfschmerzen und Schwindel forderten zu einer gründlichen Untersuchung der Nase auf. Diese ergab eine starke Schwellung der mittleren Nasenmuschel und eine Eiterabsonderung im mittleren Nasengang. Es wurde nunmehr ein operativer Eingriff vorgenommen. Der Eiterherd in der Nase wurde freigelegt und die Nase mit Spülungen usw. behandelt. Da die Klagen gleichwohl unverändert blieben, wurde eine Nötenaufnahme des Schädels, bei welcher die einzelnen Nebenhöhlen der Nase erkennbar wurden, gemacht. Diese ließ eine deutliche Erhebung der rechten Kieferhöhle erkennen. Eine Spezialistische Sontierung ergab nun eine unzweifelhaft reichliche Eiterabsonderung in der rechten Kieferhöhle. Daß der im Januar 1910 erlittene komplizierte Bruch des Nasenbeins die Veranlassung zu der jetzt festgestellten chronischen Eiterung der Nase und ihrer Nebenhöhlen gegeben hat, steht für mich außer Zweifel.“

Mit den Worten „jetzt festgestellt“ ist gesagt, daß die Eiterungen auch schon früher vorhanden gewesen sind. Dies räumt dann ein zweiter Arzt auch noch viel deutlicher ein, indem er schreibt:

„Die Entscheidung der Frage, ob die Nebenhöhlenentzündung im Anschluß an den Unfall durch eine Eröffnung des Siebbeinlabryrines stattgefunden hat, läßt sich heute natürlich schwer lösen, zumal ich den Patienten unmittelbar nach dem Unfall nicht untersucht habe, dies, wie ich aus den Akten ersehe, auch von anderer Seite nicht geschehen ist. Es ist anzunehmen, daß die Vereiterung im Anschluß an den Unfall durch traumatische Eröffnung der Siebbeinzellen entstanden ist.“

Also schon vom Unfall an bestanden und von allen Ärzten nicht gefunden worden. Zweieinhalb Jahre lang wird der Mann als Simulant bezeichnet. Mit Eiterherden im Kopf läuft er in der Welt herum, während Frau und Kinder darben müssen, und hätte er kein Glück gehabt und einen noch nicht vom Vorurteil befallenen Arzt getroffen, dann wäre er vielleicht heute noch bei seinen Schmerzen und Leidenswegen, die solche nicht geöffneten Eiterherde naturgemäß verursachen, trotz der angeblich auf höchster Stufe stehenden ärztlichen Kunst infolge des ärztlichen Vorurteils, welches immer nur Simulanten sieht, ein Mann, dem weiter nichts als tüchtig Arbeiten fehlt. Oder sollte bei Ausschaltung allen Vorurteils der Unterschied in dem Können der einzelnen Ärzte wirklich so groß sein, daß erst unter einem Duzend einer anzutreffen ist, der solch eine Krankheit findet?

### Streiks und Lohnbewegungen.

In den Deutschen Flugzeugwerken Leipzig-Lindenthal wurde auf dem Verhandlungswege eine Vereinbarung mit den Verbänden der Metallarbeiter, Holzarbeiter und Sattler und Portefeuilier getroffen, wonach ab 1. Juli d. J. die wöchentliche Arbeitszeit 52 Stunden beträgt. Die ersten zwei Leberstunden werden mit 30 Pf. pro Stunde, alle andere Leberarbeit mit 30 Pf. pro Stunde Zuschlag bezahlt. Die Mindestlöhne für Sattler wurden von 70 und 60 Pf. auf 62 Pf. festgesetzt. Auf alle über den Mindestsatz gezahlten Löhne erfolgt ein Zuschlag von 1 Pf. pro Stunde. Auswärtige Montage wird mit 7 M. pro Tag vergütet, die Fahrzeit nach Stunden berechnet. Die Löhne unserer Kollegen werden durch diese Bewegung von 1 Pf. bis zu 12 Pf. pro Stunde aufgebessert. Die Arbeitszeit wird für alle Arbeiter um ½ Stunde vom 1. Juli ab verkürzt. Zurzeit sind 10 Sattler und 3 Hilfsarbeiter in der Sattlerei beschäftigt, bei einer Gesamtarbeiterschaft von annähernd 200. Da die Arbeiter von der Endstation der Elektrischen Straßenbahn bis zum Betriebe eine Stunde Weg haben, so sind die Lohnsätze, welche hier gezahlt werden, nicht zu hoch. Aufforderte ist in diesem Betriebe nicht gestattet, weil die Heeresverwaltung die Abnahme der Flugzeuge davon abhängig macht. Die Vereinbarung wurde für ein Jahr von der Direktion als bindend ohne Unterschrift anerkannt. Diese kurze Gültigkeitsdauer hat eine gewisse Berechtigung. Die Produktion sämtlicher Flugzeuge in Deutschland liegt noch nicht auf fester Grundlage. Der Abfall ist zu unsicher. Außer den Sportleuten und der Heeresverwaltung hat man keine Abnehmer für Flugzeuge. Wohl werden viele durch Sturm zertrümmert, doch macht dieses nicht soviel aus, um die gleiche Produktion auf der Höhe zu halten. Sollte die Heeresverwaltung und das Ausland mit genügend Flugzeugen versehen sein, so wird auf jeden Fall ein Rückschlag eintreten. Damit ist nicht gesagt, daß sich die Flugzeugindustrie nicht weiter entwickelt. Der nie ruhende menschliche Geist wird auch auf diesem Gebiete nicht rasten. Durch technische Verbesserungen wird man die Flugzeuge in Zukunft so gestalten, daß sich schließlich jeder ihnen anvertrauen kann. So wird diese Industrie eine große Zukunft haben.

### Aus unserem Beruf.

**Gebittete Fische.** Anlässlich der Versammlung, in welcher Kollege Nibel am 19. Mai in Halle referierte, hatte unsere Ortsverwaltung Einladungen an die Kollegen der Automobilfabrik von Lindner in Ammendorf bei Halle unter Drucksaft zugesandt. Nach einigen Tagen wurde unserer Verwaltung folgendes Schreiben übermittelt:

H. H.  
Da wir Ihr gültiges Anerbieten nicht berücksichtigen können überreichen wir die als (Drucksache) beim Drucksaft angekommenen Entgegenkommen zur weiteren Ausnützung zurück.  
Sollten Sie jedoch von unseren Beitrittskarten Gebrauch machen, (Kupfer liegt bei) so stehen wir gern mit mehr zu Diensten.

**Gewerkschaft Sattler u. Leberarb.**  
Ammendorf  
Der Vorstand  
12. Mai 1914.

Man weiß nicht, wen man mehr bedauern soll, die mangelhafte Schulbildung in Deutschland oder diesen Schmierfinken, welcher mit der deutschen Rechtschreibung so auf dem Kriegsfuß steht. Das sei hier gesagt, mit solchen Funktionären kann der Dirsch-Dundersche Gewerkschaft keine Ehre einlegen. Unsere Kollegen in der Automobilfabrik von Lindner können aus dem vorstehenden Schreiben ersehen, mit was für Intelligenzen sie es im Dirsch-Dunderschen Gewerkschaft zu tun haben. In dem Verband der Sattler und Portefeuilier sind allein über 1000 Automobil- und Wagenfahler organisiert. Schließt Euch unserem Verbande an, das ist Eure Berufsorganisation. Weisheit, daß Ihr mit solchen Wirrköpfen keine Gemeinschaft habt.

**Christliche Annahme.** Die im April d. J. von unserem Verband eingeleitete und mit Erfolg durchgeführte Tarifbewegung der Militärreifeftenfahler in Ulm scheint der vom Papst gebildeten Zentrumsorganisation christlicher Leberarbeiter schwer auf die Nerven gefallen zu sein. Glaubte die zentriale Verbandsleitung doch, den Boden für sich günstig vorbereitet zu haben, wenn sie die an der Tarifbewegung beteiligten Mitglieder unseres Verbandes geschwindiger Handlungen besoldigte und bezüglich der Beschäftigung ihrer Getreuen mit dem Januarpfahl winkte. Der Fabrikant tat, was jeder vernünftige Mensch mit solchen Drohungen zu tun pflegt, er reagierte nicht darauf.

In wahrheitswidriger Weise behauptet die Frankfurter Zeitschrift, der Ende März abgelaufene Vertrag sei ordnungsgemäß eigentlich gar nicht gekündigt worden, obgleich das Gegenteil dokumentarisch

feststeht. Die Christlichen benutzten die Stündigungsfrist mit Liebeswerben und wollten mit ihren irischen Mann gegenüber den 211 in unserem Verbände Organisierten den gleichen Einfluß geltend machen.

Uns interessieren die Gründe nicht, warum die Arbeiter sich weigerten, den christlichen Zerstörer zur Unterstützung des Tages zuzulassen, finden es aber nach dem Vorhergegangenen begreiflich, so die schönsten Träume zerronnen zu sehen mag schmerzhaft sein, aber gleich einen Wutanfall zu bekommen und den Geister über drei Spalten des Verbandesorgans zu veröffentlichen, ist eine Straftatverbrechen, die nur durch Güte und Milde zu heilen ist. Wir glauben auch den Militärsäckern im allgemeinen besser zu dienen, wenn wir auf den angeordneten Artikel gar nicht weiter eingehen, um den paar christlich organisierten Militärsäckern mit zu einer Bedeutung zu verhelfen, die sie nicht besitzen und nie besitzen werden.

**Aus Industrie und Handel.**

**Von der Flugzeugindustrie.** In Deutschland gibt es jetzt etwa drei Tugend Flugzeugfabriken. Von diesen sind 20 erst im Jahre 1912 entstanden. Deutschland liefert jetzt noch wenig Flugzeuge ins Ausland. In Frankreich ist die Erzeugung von Flugzeugen von 1350 im Jahre 1911 auf 1425 im Jahre 1912 gestiegen und wird für 1913 auf 2000 Stück geschätzt. Die Erzeugung von 1912 stellte einen Wert von 25 Millionen Frank dar. Weibereichend ist die Stellung der deutschen Industrie in der Erzeugung von Luftballons. Die Zeppelin-Luftschiffbau G. m. b. H. und die Schütte-Lanz-Gesellschaft dürfen nicht an das Ausland verkaufen. Die Farival-Luftzeugfabrik G. m. b. H. hat fast die Hälfte aller ihrer seit 1900 erbauten Schiffe ans Ausland abgesetzt. — Im Dienste der Deutschen Luftschiffahrts-Akt.-Ges. haben 7 Zeppeline von Juni 1910 an bis Oktober 1913; 1105 Fahrten mit 23.276 Personen in 2375 Stunden Fahrzeit über eine Gesamtlänge von 130.492 Kilometer gemacht. Während einer Probefahrt mit „L. 3. 16“ wurde zum ersten Male auf einem Luftschiff mit Maschinen-gemehr scharf geschossen bei 16 Meter Winddrückwindigkeit; 500 Schiffe wurden abgefeuert. Deutschland besitzt jetzt 19 Luftschiffhallen und an 48 Orten Flugzeughallen; die Marineverwaltung hat in Sonderburg die sechste Marineflugstation errichtet.

**Rundschau.**

**Fahrpreisermäßigung zum Besuch der Deutschen Wertbundaussstellung!** Auf den Strecken der preussisch-bessischen Staatsbahnen, der Reichs-eisenbahnen, der großherzoglich mecklenburgischen Staatsbahnen und der bayerischen Staatsbahnen (pfälzisches Netz) werden zum Besuch der Deutschen Wertbundaussstellung vom 1. Juni 1914 sowohl auf der Hin- als auch auf der Rückreise in der 3. Klasse zum halben Fahrpreise für Ein- und Personenzüge, in Schnellzügen außerdem gegen Zahlung des vollen tarifmäßigen Zu-

schlages befördert versicherungspflichtige Mitglieder von Krankenkassen im Sinne der Reichsversicherungsordnung (Krankenkassen, Landkrankenkassen, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkassen, von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit, die als Erbschaften zugelassen sind, sowie von einschreibenden Hilfskassen und von knappschaftlichen Krankenkassen, ferner versicherungspflichtige Mitglieder der Reichsversicherungsanstalten und der Sonderanstalten im Sinne der Reichsversicherungsordnung, freiwillige Mitglieder der genannten Kassen und Versicherungsanstalten, deren jährliches Gesamtentkommen 2500 Mark nicht übersteigt, Mitglieder der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, deren jährliches Gesamtentkommen 2500 M. nicht übersteigt, soweit es sich um handwerksmäßig beschäftigte Arbeiter, einschließlich der sogenannten gelehrten Arbeiter in Fabriken, sowie um sonst im technischen Betrieb von Fabriken Angestellte handelt. Die Vergünstigung greifen auch selbständige Handwerker, die in ihrem Gewerbebetrieb nicht mehr als acht Gesellen beschäftigen. Von den aufgeführten Personen müssen sich auf der Durchreise mindestens zehn Teilnehmer zu einer gemeinschaftlichen Reise zusammenschließen. Die Rückreise kann auch einzeln ausgeführt werden. Als Ausnahme ist eine Erklärung des Arbeitgebers darüber vorzulegen, daß der Fahrpreisermäßigung Nachstehende bei ihm als handwerksmäßiger Arbeiter oder gelehrter Arbeiter im Fabrikbetrieb oder als Angestellter im technischen Fabrikbetrieb tätig ist. In dieser Erklärung muß die Krankenkasse oder Versicherungsanstalt bezeichnen, daß der Reisende als versicherungspflichtiges oder freiwilliges Mitglied der Krankenkasse oder Versicherungsanstalt angehört, und außerdem bestätigen, daß die Erklärung des Arbeitgebers von diesem selbst herrührt. Die Fahrpreisermäßigung für die Hinreise ist bei der Fahrkartenausgabe der Abgangskarte möglichst frühzeitig — spätestens zwei Tage vor Abgang des zu benutzenden Zuges — zu beantragen unter Vorlage der Bescheinigungen. Die Fahrpreisermäßigung für die Rückreise wird von den Fahrkartenausgaben in Höhe gegen Vorlage der Bescheinigungen und Ausweise gewährt. Die Beförderungs-scheine und Fahrkarten gelten vier Tage, einschließlich des Lösungstages; die Geltungsdauer erlischt 12 Uhr nachts des letzten Geltungstages. Auf der Hin- und Rückreise ist je eine Fahrkartenunterbrechung, wie im gewöhnlichen Verkehr, gestattet. Bei einer Beteiligung von mehr als 100 Personen, bei Benutzung von Ein- oder Schnellzügen durch mehr als 50 Personen muß die Reise mindestens drei Tage vor der Abfahrtzeit des zu benutzenden Zuges bei der Abgangskarte schriftlich angemeldet werden. Personen, die die Ermäßigung beanspruchen, ohne hierzu berechtigt zu sein, werden als Reisende ohne gültige Fahrkarte behandelt.

**Adressenänderungen.**

Grünberg i. Schlef. B. Karl Kömrig, Aufweg 4.

**Verfammlungskalender.**

- Nachen. Sonntag, den 14. Juni, vormittags 11 Uhr, bei Dohmen.
- Barmen. Samstag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
- Baunern. Sonnabend, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Stadt Bittau“.
- Bregau. Sonntag, den 8. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Braunmann.
- Böhmum. Samstag, den 13. Juni, abends 9 Uhr, bei Neef.
- Bonn. Samstag, den 13. Juni, abends 9 Uhr, „Deutscher Hof“.
- Brandenburg. Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Volkshaus“, Meierem Moll, Weimands-Berlin.
- Dortmund. Samstag, den 13. Juni, abends 9 Uhr, bei Konowest.
- Erfurt. Dienstag, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Johannesstr. 16.
- Essen-Muhr. Samstag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Eiselnurm“.
- Gellertkirchen. Samstag, den 13. Juni, abends 9 Uhr, „Darenrecht“.
- Görlitz. Sonnabend, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Goldenes Kreuz“.
- Hannau. Donnerstag, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Münch.
- Kassel. Freitag, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Sommer im Graben.
- Kiel. Dienstag, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
- Königsberg. Dienstag, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Altschäpische Bergstr. 44.
- Konstanz. Samstag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Auffhäuser“.
- Landsberg. Sonnabend, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Vom großen Daber“.
- Leipzig. Freitag, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Volkshaus“.
- Mannheim. Samstag, den 13. Juni, abends 8 Uhr, „Zur Verfahr.“ S. 4.
- Martrankstädt. Freitag, den 12. Juni, abends 8 Uhr, „Zur Porfschänke“.
- Mülheim-Muhr. Samstag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr.
- München. Samstag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Vampgarten“.
- Oberhausen. Montag, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Kasper Wirth.
- Hüfelsheim. Samstag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Friedrichshöhe“.
- Stralsund. Sonnabend, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
- Strasbourg i. G. Samstag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Vogelgang.
- Stuttgart. Samstag, den 13. Juni, abends 8 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
- Wismar. Sonnabend, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Arbeiterheim“.
- Reiz. Sonnabend, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Kämpfe.

**ANZEIGEN**

**Werkzeuge für Sattler und Portefeuller**  
liefert in bester Qualität  
**Georg Ditter, Offenbach a. M.,**  
Kleiner Biergrund 5.  
Telephon 1514. Preisliste gratis.  
Empfehle besonders meine **Sicherheitsdrückzeuge**  
D. N. G. M. Ein Ausreißen des Stoffes aus dem  
Rahmen ohne geleimt unmöglich.  
Zu jeder Tageszeit wird geschliffen.  
**Schärfsteine** in jeder Größe zu billigsten Preisen.  
**Georg Weihnachts Bierhaus, Gröbstr. 21.**  
**F. Weiß, Bayerisch-Kaimbacher Bier**  
Zubehör der Zentral-Krankenkasse der Sattler und der Ortsverwaltung  
des Verbandes der Sattler. Zubehör der Frauen „Volkshaus“

**Gesucht**  
zum baldigen Eintritt ein erfahrener  
**Sattler-Vorarbeiter,**  
welcher erfolgreiche Tätigkeit in Reparatur und sach-  
gemäßer Unterhaltung breiter schnellaufender Trans-  
missionsriemen nachweisen kann. Offerten mit Zeugnis-  
abschriften sind zu richten unter **N. 3970** an  
**Haasenstein & Vogler, A.-G., Frankfurt a. M.**

**Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität**  
**Bruno Steffen, Berlin SW. 19,**  
Lindenstr. 63  
Gegründet 1880.  
Preislisten S. P. gratis und franko.

**Karl Eichhoff, Berlin SO. 16,**  
Neanderstr. 18  
**Spezial-Geschäft**  
**für Sattler und Portefeuller**  
empfiehlt seine Spezialartikel:  
**Reißerstärke, Buchbinder- und Lederleime, Leder-,  
Anilinfarben, Fischleim, Wienerpapp usw.**

**Nietklotz „Ideal“** **G. BRUCKLACHER** **Werkzeuge für Sattler und Tapezierer**

Werkzeuge für Portefeuller und Buchbinderien  Werkzeuge für Sattler und Tapezierer

Katalog No. 178. gratis und franko